Grundlagen und Vorgaben aus der Politik

Motivation des Netzausbaus ist „Die Energiewende“

- Ausstieg aus der Kernenergie
- Reduktion der CO2 Emission zur Einhaltung der Klimaziele

Gesetzliche Vorgaben aus der Politik

- Netzausbaubeschleunigungsgesetz → http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/nabeg/gesamt.pdf
- Bundesbedarfsplanungsgesetz → http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bbplg/gesamt.pdf

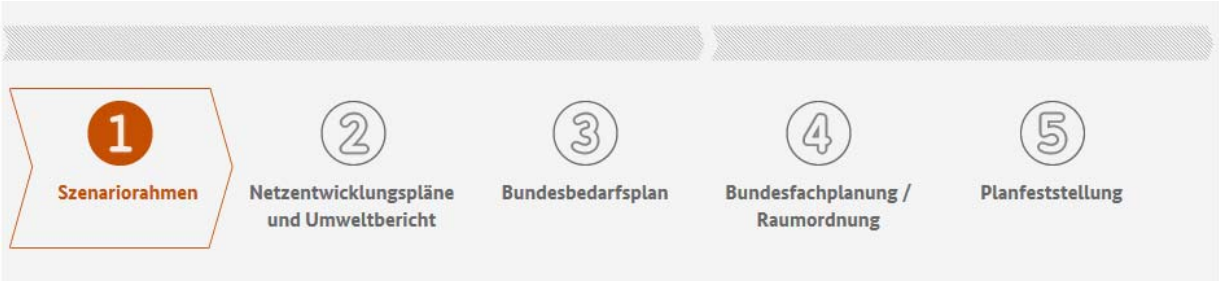
Die politischen Vorgaben mit Gesetzescharakter münden in das Verfahren des Netzausbaus

Genehmigungsverfahren Netzausbau und Verhinderung der HGÜ durch unseren Ort

Das Verfahren in Schritten → http://www.netzausbau.de/cln_1411/DE/Verfahren/Verfahren-node.html

Da dieses Thema umfangreich und komplex ist, sind hier die wichtigen Fragen und Antworten zur Netzentwicklung → http://www.netzausbau.de/cln_1411/DE/Mitreden/FAQ/FAQ-node.html

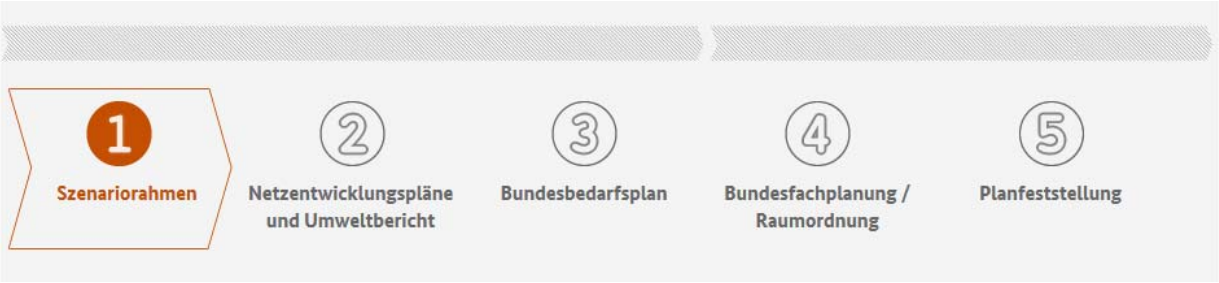
1. Szenariorahmen hier 2025 → http://www.netzausbau.de/cln_1411/DE/Bedarfsermittlung/Delta/SzenariorahmenDelta/SzenariorahmenDelta-node.html



Szenarien der Energieversorgung

Niemand kennt heute die genauen Anforderungen an die deutsche und europäische Netzinfrastruktur in zehn Jahren. Dennoch müssen Ausbaumaßnahmen früh angestoßen werden, wenn neue Stromleitungen zu dieser Zeit verfügbar sein sollen. Wir müssen uns daher heute Gedanken über die Zukunft machen, um eine dauerhafte Versorgungssicherheit zu gewährleisten

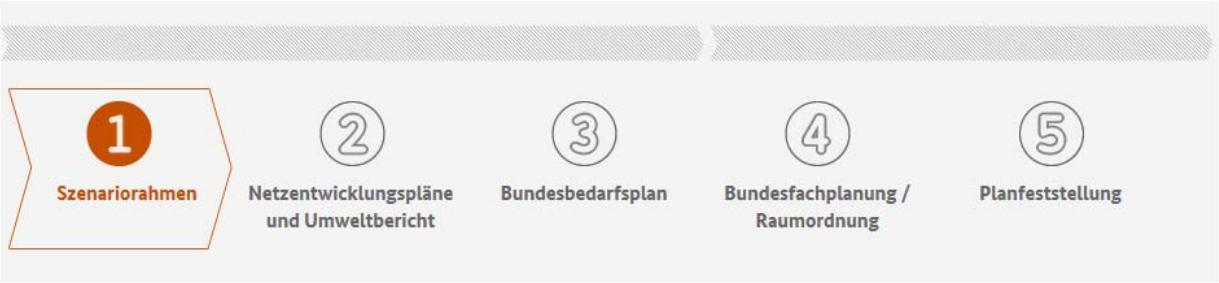
Genehmigungsverfahren Netzausbau und Verhinderung der HGÜ durch unseren Ort



Das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) http://www.netzausbau.de/cln_1411/DE/Wissenswertes/Recht/Recht-node.html schreibt verbindlich vor, dass die Übertragungsnetzbetreiber
jedes Jahr einen Blick in die Zukunft werfen müssen. Die wichtigsten Fragen dabei sind:

- Wird der Stromverbrauch ab- oder zunehmen?
- Schreitet der Ausbau der verschiedenen erneuerbaren Energien schneller, gleichbleibend oder langsamer voran als heute?
- Wie viel installierte Leistung wird bei den einzelnen Energieträgern (zum Beispiel Steinkohle, Gas, Wasserkraft) jeweils zur Verfügung stehen?
- Wie wird Strom mit den europäischen Nachbarländern ausgetauscht?

Genehmigungsverfahren Netzausbau und Verhinderung der HGÜ durch unseren Ort



<u>Weitere Informationen:</u>

Szenariorahmen 2025 → http://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/Delta/Szenariorahmen/Szenariorahmen_2025_Genehmigung.pdf
Kraftwerksliste → http://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/Delta/Szenariorahmen/Kraftwerksliste_2025.pdf
Begleitdokument → http://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/Delta/Szenariorahmen/Begleitdokument_Szenariorahmen_2025.pdf

Termin: Bürgerverein Gegenstrom Neunkirchen nahm an Konsultation in Bonn am 28.06.2014 teil.

Tagesordnung → http://www.netzausbau.de/SharedDocs/Termine/DE/Veranstaltungen/2014/140628_Buergerdialog.html

Der Szenariorahmen wurde von der Mehrheit der Bürgervertreter abgelehnt, da nicht nachgewiesen werden konnte, dass der Ausbau wie geplant notwendig ist.

Genehmigungsverfahren Netzausbau und Verhinderung der HGÜ durch unseren Ort

Energiedialog der Bayerischen Staatsregierung

- zwischen den Schritten 1 und 2 des Verfahrens zum Netzausbau wurde seitens der Bayerischen Staatsregierung ein Energiedialog gestartet. Ziel sollte es sein, alle Argumente zu hören.
- Energiedialog München am 10.11.2015
- Hier nahmen wieder Vertreter der BI Neunkirchen teil.

Das Ergebnis des Dialogs war im Kern unerfreulich, da es keinen Beschluss zu Notwendigkeit der Netzausbaus gab. Am 2.2.2015 zum Ende des Dialogs war das Ergebnis, dass es kein Ergbnis gibt die Formel von Fr. Aigner 2-x. Also wie viele der beiden Trassen sind nicht notwendig.

Die Bürgerinitiativen sagen ein deutliches 2.

Ergebnis seitens der Initiativen ist: es ist keine der beiden HGÜ notwendig.

2. Netzentwicklungspläne und Umweltbericht

http://www.netzausbau.de/cln_1411/DE/Verfahren/NEP-UB/NEP-UB-node.html

Netzentwicklungspläne und Umweltbericht

Die vier Übertragungsnetzbetreiber nutzen den genehmigten Szenariorahmen, um den Ausbaubedarf für die kommenden Jahre zu berechnen. Sie berücksichtigen dabei unter anderem Annahmen zur räumlichen Verteilung der Versorgungskapazitäten, des Energiebedarfs und der Kraftwerke. Dadurch wird beispielsweise abgebildet, welche Regionen Deutschlands besonders viel Strom aus Windenergie oder Photovoltaik erzeugen und wo künftig die Verbrauchszentren liegen werden.

<u>Grundlagen</u>

Netzentwicklungsplan → http://data.netzausbau.de/Charlie/NEP/NEP2024_UENB-Entwurf_2b.pdf

Umweltbericht → http://data.netzausbau.de/Charlie/UB/Entwurf/Umweltbericht_Entwurf.pdf

Genehmigungsverfahren Netzausbau und Verhinderung der HGÜ durch unseren Ort

Das ist der Verfahrensstand zum jetzigen Zeitpunkt (Ende April 2015)

Münchner Informationstag am 21.4.2015, Netzentwicklungspläne und Umweltbericht 2024 → http://www.netzausbau.de/cln_1411/SharedDocs/Termine/DE/Veranstaltungen/2015/150421_InfotagMuenchen.html?nn=397028

Einspruchsfrist gegen die Netzentwicklungspläne und Umweltbericht bis 15.5.2015 → http://www.netzausbau.de/cln_1411/DE/Bedarfsermittlung/Charlie/NEP-UB_Charlie/NEP-UB_Charlie-node.html

Bürgerverein Gegenstrom Neunkirchen hat auch am Informationstag teilgenommen

Anmerkung: Je weiter das Verfahren fortgeschritten ist, desto schwieriger wird es Einfluss zu nehmen. Deshalb ist der Einspruch bis zum 15.5.2015 sehr wichtig.

Ergebnis des Informationstages: die BnetzA und die Vertreter der Bayerischen Wirtschaft, vertreten durch den BIHK (http://www.bihk.de) sagen alle genehmigten Maßnahmen sind notwendig.

Die Bürgerinitiativen sagen keine HGÜ ist notwendig und wirtschaftlich vertretbar.

Warum sagen die Bürgerinitiativen nein?

- In Bayern werden 5,2 GW Grundlast aus KKW ab 2022 wegfallen, die HGÜs, welche Windenergie nach Süden transportieren sollen sind aber gar nicht bzw. nur 5% grundlastfähig. Die Erzeugungslücke wird gar nicht geschlossen.
- Die Transportkapazität aus dem Norden wird mit der Inbetriebnahme der Thüringer Strombrücke vollkommen ausreichend sein.
- Trotz HGÜ müssten trotzdem 5 neue Gaskraftwerke gebaut werden.
- Eine Investition in Speichertechnologien ist die Investition in die Zukunft, es wird gefordert diese Technologien zu fördern, anstatt in HGÜ Trassen zu investieren welche in 30-40 Jahren niemanden mehr nutzt, weil 1) die Braunkohle zu Ende ist und 2) dezentralen Speicher massenweise und günstig in der Anschaffung zur Verfügung stehen.
- Der Norden kann gar keinen Strom nach Süden transportieren, da der Norden selber immer noch zu wenig Erzeugungskapazität hat und deshalb aus Skandinavien und Russland über Polen Kernenergie importiert.
- Der Umweltbericht ist lückenhaft und berücksichtigt die Gesundheit der Menschen nicht.

Warum sagen die Bürgerinitiativen nein?

- Die Gefahren durch elektrische Felder werden heruntergeredet und sind in keinster Weise wissenschaftlich erforscht. Es besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, dass nach der Errichtung der HGÜ oder HDÜ wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden, die eine Gefährdung der Menschen belegen. Soweit wollen wir das nicht kommen lassen und die Bürger verlangen eine Beweisumkehr – die Netzbetreiber sind aufgefordert nachzuweisen, dass es keine Gefährdung der betroffenen Menschen in der Nähe der Leitungen gibt. Solange ist der Bau der Leitungen auch auszusetzen.
- Die HGÜ werden dreckigen und toxischen Strom aus Braunkohle transportieren. Das ist gegen das Klimaschutzabkommen zum einen und zum anderen wird die gesamte Bevölkerung durch Schwermetallemissionen vergiftet.

Warum sagen die Bürgerinitiativen nein?

- Die notwendigen und gebotenen Stromeinsparungsmassnahmen werden nicht diskutiert und berücksichtigt. Die Industrie in Süden verschwendet weiter ungehemmt Energie zu Lasten des bayerischen Mittelstands und der Bürger.
- Die HGÜ sind nur da um den Geldhunger der Versicherungswirtschaft zu stillen. Der Bürger hat nur das nachsehen und die Kosten sowie die Gesundheitsgefährdung durch die HGÜ und HDÜ vor der Haustüre. Wir Bürger sind nicht bereit eine Rendite von 9,05% an die Versicherer zu zahlen, während unsere Spareinlagen mit lächerlichen Renditen von weniger als 1%.
- Falls die HGÜ oder HDÜ wie geplant gebaut werden müssen wir Bürger mit einer weiteren Erhöhung der Netzentgelte von ca. 5@cent rechnen, das wiederum voll auf den Strompreis durchschlägt. Eine Teilung des Strommarktes würde dagegen nur eine Erhöhung der Stromerzeugungskosten von 10% ausmachen und das sind gerade mal 0,4€cent.

3. Bundesbedarfsplan → http://www.netzausbau.de/cln_1411/DE/Verfahren/Bundesbedarfsplan/Bundesbedarfsplan-node.html

Nur wenn wir die Zahl der Einsprüche bis 15.5.2015 deutlich über die 26.000 bringen haben wir eine berechtigte Chance dass in der Bundesbedarfsplanung die HGÜ-Stromtrassen nicht mehr auftauchen. Die Chance ist gering aber durchaus vorhanden.

Genehmigungsverfahren Netzausbau und Verhinderung der HGÜ durch unseren Ort

Grundlage zur Verhinderung ist, dass das Bundesbedarfsplanungsgesetz geändert wird:

4	Höchstspannungsleitung Wilster - Grafenrheinfeld; Gleichstrom	A1, B
5	Höchstspannungsleitung Lauchstädt - Meitingen; Gleichstrom	A1, B

und die beiden HGÜ gestrichen werden diese werden im NEP Korridor C und D genannt.

Nachfolgend kann auch der Netzentwicklungsplan geändert werden und beide Korridore gestrichen werden.

Korridor C: Seite 254, DC-Netzausbau: HGÜ-Verbindung zwischen Schleswig-Holstein – Niedersachsen – Baden-Württemberg – Bayern (SuedLink)

Korridor D: Seite 258, DC-Netzausbau und -verstärkung HGÜ-Verbindung Mecklenburg-Vorpommern –Sachsen-Anhalt – Bayern, Nr. 18: Wolmirstedt – Raum1 Gundremmingen + Nr. 19: Güstrow – Raum Gundremmingen + Nr. 20: Güstrow – Wolmirstedt

Da es sich um Bundesrecht handelt, brauchen wir alle Bürgerstimmen um genügend Raumwiderstand zu schaffen und um diesen Unsinn zu stoppen.

Mitmachen – unterschreiben – einreichen.

z.B. unter

http://www.stromautobahn.de/konsultation

Wir zählen auf Sie / Euch